

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XIX, No. 4–2003

WEM GEHÖRT DAS WASSER? Die Kommodifizierung öffentlicher Dienstleistungen

Schwerpunktredaktion: Bettina Köhler

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Hanak, Johannes Jäger, Bettina Köhler, Franz Kolland, René Kuppe, Brita
Neuhold, Andreas Novy, Herwig Palme, Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer,
Kunibert Raffner, Andreas Schedler, Anselm Skuhra

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Karen Imhof

Titelbild:

Protest gegen die Installation von „pre-paid water meters“ in Südafrika.

Foto mit freundlicher Genehmigung von: IsBlack Crew,

<http://www.inventati.org/isblack>, (Creative Commons License,

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/1.0/>).

Inhaltsübersicht

4	Editorial
	ERIK SWYNGEDOUW
10	Privatising H ₂ O <i>Turning Local Water Into Global Money</i>
	PATRICK BOND
34	The Limits of Water Commodification in Africa
	RUTGERD BOELEN / MARGREET ZWARTEVEEN
56	The Politics of Andean Water Policy Reforms <i>Local and Indigenous Rights in the Context of Privatization Policies</i>
	GABRIEL HERBAS / ANA ESTHER CECEÑA
77	Mobilisierung und Widerstand gegen Wasserprivatisierung in Cochabamba
	UWE HOERING
95	Debatten und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Wasserpolitik
109	Rezensionen
111	Autoren und Autorinnen
113	Informationen für Autoren und Autorinnen

GABRIEL HERBAS, ANA ESTHER CECEÑA
**Mobilisierung und Widerstand gegen
Wasserprivatisierung in Cochabamba**

Dieser Beitrag ist die ausgearbeitete Fassung eines Interviews welches Ana Esther Ceceña (UNAM, Mexico) mit Gabriel Herbas (Umweltforum Cochabamba), im Frühjahr 2002 anlässlich ihres Buchprojektes führte.¹

Über Gabriel Herbas vom Umweltforum Cochabamba

Als Teil der von der Weltbank vorangetriebenen Privatisierungsstrategien beschloss die bolivianische Regierung 1999, dem US-Dienstleistungsmulti und Baukonzern *Bechtel* bzw. seinem örtlichen Ableger *Aguas del Turani* die Berechtigung zu geben, das gesamte Wasser der Stadt Cochabamba sowie deren Umgebung zu verwalten und zu verteilen. Die Bevölkerung nahm dies als schreiende Ungerechtigkeit wahr: Der Vertrag wurde bei Nacht und Nebel abgeschlossen und war obendrein mit einer Geheimhaltungsklausel ausgestattet. Innerhalb von kurzer Zeit kam es zu einer drastischen Anhebung der Wasserpreise. Das neu eingesetzte private Unternehmen investierte keinen einzigen eigenen Boliviano, sondern wälzte die Kosten zur Modernisierung des Versorgungssystems vollständig auf die Bevölkerung ab. Darüber hinaus wurden die bisher für die Wasserverteilung geltenden Gewohnheitsrechte (*usos y costumbres*) grob verletzt und nicht zuletzt wurden die Wasserquellen, welche das öffentliche und private Netz speisten, de facto enteignet.

Eine Gruppe von UmweltaktivistInnen, AnwältInnen, WirtschaftswissenschaftlerInnen sowie andere Personen, die durch ihre Tätigkeiten mit der Wasserversorgung verbunden waren, wurde dieses Privatisierungsvertrages gewahr. Sie verschafften sich einen genauen Einblick in dessen Paragraphen und wendeten sich schließlich entschieden gegen ihn. Unter ihnen befand sich *Gabriel Herbas*, Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied des »Umweltforums Cochabamba« (*Foro Ambiental Cochabambino*). Im Rahmen des folgenden Interviews stellt dieser dar, wie der Kampf um die Umgestaltung des Wasserprivatisierungsvertrages zur Bildung der »Allianz zur Verteidigung des Wassers und des Lebens« (*Coordinadora para la Defensa del Agua y de la Vida*) führte. *Herbas*, einer der SprecherInnen dieser Plattform, beschreibt, wie sich der Widerstand gegen das dazugehörige Gesetz zu einem Volksaufstand ausweitete, den es in Cochabamba so noch nie gegeben hatte. Im April 2000 erhob sich die gesamte Bevölkerung der Stadt gegen die Wasserprivatisierung und entschied in einer offenen BürgerInnenversammlung, Cochabamba so lange besetzt zu halten, bis dass das umstrittene Gesetz außer

Kraft gesetzt wird. Durch die Zusammenarbeit von ländlichen und urbanen Sektoren, *Indigenas* und *Campesinos*, FabrikarbeiterInnen und Arbeitslosen begann die allmähliche Umsetzung einer Utopie. Dass dieser Prozess bisher noch nicht ins Stocken gekommen ist, zeigen in gewisser Weise auch die letzten Parlamentswahlen von 2002, in denen mit *Evo Morales* beinahe ein indigener und den sozialen Bewegungen nahestehender Kandidat gewann.

Die gesamten Ereignisse Revue passieren zu lassen, enthüllt den heimtückischen Charakter von Privatisierungsverträgen, in welchen sich, im Fall von Cochabamba, die Interessen von Unternehmen, Regierungen und internationalen Institutionen trafen mit dem Ziel, die BürgerInnen eines Landes zu enteignen (noch heute werden Schadensersatzklagen des Konzerns verhandelt). Dies ist nichts Außergewöhnliches, anführen lassen sich viele ähnliche Situationen, in denen der Ausverkauf von Energie- und anderen wertvollen Ressourcen, die in Ländern des Südens vorzufinden sind, stattfand. In diesem Fall ging es um das Wasser, dass heißt um das lebenserhaltende Gut schlechthin. Was aber darüber hinaus den Fall Cochabamba besonders interessant macht, ist die Art und Weise, in der sich die verschiedenen Sektoren der Bevölkerung durch neuartige, ethisch fundierte, horizontal strukturierte und durch die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Unterschiede geprägte Organisationsformen miteinander verknüpften. Die moralische Autorität der »Allianz zur Verteidigung des Wasser und des Lebens« – *Coordinadora por la Defensa del Agua y de la Vida* (im Folgenden wird von *Coordinadora* gesprochen) – sie ist bis heute aktiv – gründet sich auf die Politik der Transparenz, der Ehrlichkeit sowie die Glaubwürdigkeit ihrer Mitglieder und SprecherInnen.

Offensichtlich ist der Kampf um das Wasser Cochabambas ein Pfad, auf dem sich weite Horizonte eröffnen. Denn »wir haben nicht mehr die Zeit, weitere 500 Jahre zu warten«, so *Gabriel Herbas*. Und deshalb haben sie sich auf den Weg gemacht. (Ana Esther Ceceña)

1. Der Vertrag zur Wasserprivatisierung - eine Geheimaktion

Die Organisation, der ich angehöre, sowie eine ganze Reihe von Umweltorganisationen, die sich allesamt um die ökologischen Probleme des Tunari-Naturparks kümmerten, begannen damit, eine horizontal strukturierte Plattform aufzubauen, die sich »Komitee zur Verteidigung des Tunari-Naturparks« nannte. In dieser ersten Phase erfuhren wir von dem Vertragsabschluss zwischen der Stadtverwaltung und dem Unternehmen *Aguas del Tunari*. Gerade weil ein Großteil des Trinkwassers der Stadt Cochabamba aus Oberflächengewässern geschöpft wird, die aus dem nahegelegenen Gebirge stammen – dort wo sich auch der Tunari-Naturpark befindet –, verstanden wir sofort die ökologischen und sozialen Konsequenzen sowohl des Privatisierungsvertrages als auch der später zu erwartenden Er-

höhung der Wasserpreise. Wir begannen, Nachforschungen anzustellen. Im Juni 1999 verbreiteten wir eine erste öffentliche Erklärung als »Komitee zur Verteidigung des Wassers« (*Comité de Defensa del Agua*), in dem sich VertreterInnen von Vereinen, BauingenieurInnen, ArchitektInnen, WirtschaftswissenschaftlerInnen, BiochemikerInnen sowie andere Teile der Zivilgesellschaft zusammenfanden und gemeinsam ihre Stimme erhoben.

Wir richteten uns an all jene gesellschaftlichen Sektoren, die im Genehmigungsverfahren zugunsten des Unternehmens *Agua de Turnari* links liegen gelassen worden waren. Unser Anliegen wurde positiv aufgenommen, weil hier nicht politische Parteien, sondern vielmehr Umweltorganisationen aufriefen, die ein größeres Vertrauen unter der Bevölkerung besitzen, eben weil sie nicht von Motiven der Bereicherung angetrieben werden. Und daher näherte sich ein großer Teil der Zivilgesellschaft ohne Vorbehalte unserer Plattform an. Wir leisteten enorme Anstrengungen, um die Probleme deutlich aufzuzeigen, die sich unserer Meinung nach aus den Einzelheiten des Wasserprivatisierungsvertrages ergeben würden: das Fehlen von Investitionen durch das Unternehmen, die Verbraucherpreiserhöhungen sowie die sich aus der Privatisierung ergebenden ökologischen Folgewirkungen. Zu Beginn liefen wir – fast wie die Mitglieder einer Sekte – von Tür zu Tür, um den Menschen dies alles klarzumachen. Das war eine ziemlich mühsame Aufgabe, die wir bis Ende Oktober 1999 durchführten, als das neue bolivianische Wassergesetz (*Gesetz 2029*) verabschiedet wurde. In dieses Gesetz zur Regelung der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung (*Ley de Servicios de Agua Potable y Alcantarillado Sanitario*) schmuggelte die Regierung einen Paragraphen ein, der potenziell zur Privatisierung des gesamten Wassers des Landes führen sollte. Sie fürchtete sich aber davor, in eine landesweite, offene Debatte über den Entwurf des Wassergesetzes einzutreten, eben weil hier angesichts der schon in der Vergangenheit von verschiedenen Sektoren der Bevölkerung gezeigten Oppositionshaltung kaum ein Konsens zu erreichen gewesen wäre. Und weil ihre Absicht der Wasserprivatisierung eine öffentlichen Debatte nicht überstanden hätte, geschah dies nun versteckt: zum einen indem durch das Gesetz die Vergabe von Konzessionen an private Unternehmen ermöglicht wurde und zum anderen durch die Verleihung von Entscheidungskompetenzen an ein zentrales Wasserbeschaffungamt (*Superintendencia de Aguas*). Hierbei handelt es sich um eine für das neoliberale Modell typische neu eingerichtete Instanz, da die Befugnisse der LeiterInnen dieser Verwaltungsämter (*Superintendentes*) in ihren jeweiligen Bereichen sogar diejenigen des Präsidenten der Republik übersteigen. Die *Superintendentes* besitzen umfassende Sektorinformation und haben das letzte Wort in allen Entscheidungen, die ihren Bereich angehen (z.B. Bergbau, Kohlenwasserstoffindustrie oder eben Wasser). Sie werden vom Nationalkongress für die Dauer von 10 Jahren er-

nannt. Das muss man sich einmal vorstellen, zehn Jahre Garantie für einen solchen Posten. Die Machtfülle, die diese »Supermänner« über die obersten politischen Entscheidungsträger stellt, ist u.a. eine Folge der Tatsache, dass in Bolivien die Strukturanpassungsprogramme extrem hart umgesetzt wurden.

Der umkämpfte Wasserprivatisierungsvertrag in Cochabamba kam also mit Beihilfe und Zustimmung der *Superintendencia de Aguas* zustande. Es kostete uns große Mühe, das schriftliche Vertragswerk in unsere Hände zu bekommen. Wir erhielten den Wortlaut des Vertrages nicht auf direktem Weg – in keiner Notarskanzlei wäre dieser zu erhalten gewesen –, sondern über einen Abgeordneten, der seinerseits den Text nicht über eine normale Parlamentsanfrage, sondern heimlich erhielt. Noch nicht einmal der Nationalkongress war also informiert. Als wir den Vertrag endlich einsehen konnten, lief es uns wirklich kalt den Rücken hinunter. Es schien, als ob er ausschließlich vom Anwalt des begünstigten Privatunternehmens erarbeitet worden wäre und als ob der vom Staat bestellte Anwalt nicht existiert hätte; denn alle Bestimmungen begünstigten allein den privaten Inhaber der Konzession. Eingebaut in den Vertrag war zudem eine Vertraulichkeitsklausel, die besagte, dass die Einzelheiten der Übertragung des bisher öffentlichen Unternehmens in private Hände auf keinen Fall vorher in die bolivianische Öffentlichkeit gelangen dürften.

Mit dem Vertrag in Händen fiel es uns viel leichter, alle konfliktiven Punkte sowie die daraus erwachsenden Nachteile verständlich zu machen. Bis Ende Oktober 1999 blieben unsere Aktivitäten auf einen recht kleinen Kreis beschränkt, das heißt auf professionell mit dem Thema befasste Personen sowie auf Kreise der Bevölkerung, die für Umweltthemen sensibel waren bzw. direkte Verbindungen zum Thema Wasser hatten. In jenem Monat trat also das *Gesetz 2029* in Kraft. Durch dieses sollte auch die schon erwähnte Geheimhaltungspraxis bei der Wasserprivatisierung festgeschrieben werden. Und ab diesem Moment begannen zwei wichtige Sektoren sich an dem Widerstand zu beteiligen. Zum einen waren dies die *Regantes*, das heißt die um die städtischen Viertel herum angesiedelten BäuerInnen, die das Land nach überliefertem Gewohnheitsrecht bewässern und bebauen. Die Campesino-Familien sollten zu einer der wichtigsten Kräfte im späteren »Krieg um das Wasser« (*guerra del agua*) werden. Zum anderen konnten auch ArbeiterInnen der städtischen Fabriken gewonnen werden.

Die *Regantes* hatten sich schon in der Vergangenheit durch einen massiven Widerstand gegen den übermäßigen Wasserverbrauch der Stadt ausgezeichnet. Vor zwei oder drei Jahren plante die Stadtverwaltung zusammen mit dem städtischen Wasserversorgungsunternehmen *Semapa*, ohne Absprachen mit der betroffenen Bevölkerung, in einer ökologisch sehr sensiblen Zone des Cochabamba-Tals – die sich jedoch außerhalb des Stadtgebietes befand – Bohrungen für die Anlage von

Tiefbrunnen vorzunehmen. Die Dorfgemeinschaften hatten schon darauf hingewiesen, dass dadurch ihre eigenen Brunnen austrocknen würden. Es kam zu großen Protestaktionen sowie in einigen Fällen zu schweren Konflikten mit der Polizei, bei denen einmal auch die Streitkräfte des Landes intervenierten um die Situation zu befrieden. Der damalige Konflikt wurde in gewisser Weise zugunsten der *Regantes* der tiefer gelegenen Teile des Tals gelöst. Ende 1999 waren es nun erneut diese Dorfgemeinschaften, die in Aufruhr gerieten und sich dem Widerstand gegen die Wasserprivatisierung anschlossen. Im November wurde die *Coordinadora* gegründet, in die sich Menschen aus den städtischen Wohnvierteln, KleinhändlerInnen sowie andere Gruppen integrierten, die sich von den Äußerungen des »Komitees zur Verteidigung des Wassers« angezogen fühlten.

Bis zu jenem Zeitpunkt war die Argumentation vor allem auf die Wasserversorgung der Stadt bezogen. Mit dem Inkrafttreten des neuen nationalen Wassergesetzes verallgemeinerten sich die Argumente. Nun begann das ganze Land darauf aufmerksam zu werden, dass die neue Wassergesetzgebung negative Folgen für alle diejenigen haben würde, die sich auf traditionelle Wassernutzungsrechte berufen – überlieferte Gewohnheitsrechte, die in Bolivien *usos y costumbres* (Gewohnheiten und Gebräuche) genannt werden. Diese besagen, dass die Dorfgemeinschaften ihre Ressourcen autonom und unabhängig von staatlichen Autoritäten verwalten und auch alle, zum Beispiel bei der Wasserverteilung, aufkommenden Konflikte lösen.

Das neue Wassergesetz führte alles in allem zu massiven Protestreaktionen auf Seiten der bolivianischen Bevölkerung, die sich Schritt für Schritt in diesen Prozess integrierte. Bis Dezember 1999 war die Vorgehensweise der neugegründeten *Coordinadora* noch recht vorsichtig. Als zudem die in Cochabamba herrschende Klasse bemerkte, dass sich hier eine Organisation von unten aufbaute, versuchten sie, diese mit einer Reihe von Argumenten zu delegitimieren. Dazu kam, dass vor dem Hintergrund der damals anstehenden Kommunalwahlen versucht wurde, die führenden Personen der Protestbewegung zu diskreditieren und ihnen zu unterstellen, sie würden nur deshalb so agieren, um dann bei den Kommunalwahlen bessere Chancen zu haben.

In dieser Situation durften wir von der *Coordinadora* auf keinen Fall aggressiv reagieren. Darüber hinaus verständigten wir uns darüber, uns stärker auf eher technische Erläuterungen zum Privatisierungsvertrag zu beschränken – denn mit dem Vertragstext in den Händen konnten wir zukünftig zu erwartende Erhöhungen der Verbraucherpreise voraussagen. Dabei griffen wir in unseren Schätzungen sogar noch zu kurz: während wir einen voraussichtlichen Anstieg der Wasserpreise um bis zu 115% errechneten, sollten es in Wirklichkeit über 300% werden. In einer Debatte mit den zuständigen Ministern in einem Gebäude des Erzbistums von

Cochabamba sah sich der Erzbischof dazu genötigt, einen Minister in folgender Weise zu rügen: »Herr Minister, sie selbst behaupten mir gegenüber, dass es keine Preiserhöhungen gibt. Wie können Sie mir aber dann erklären, dass die hiesige Kirche statt der vorherigen 800 nun eine Wasserrechnung von 3.500 Bolivianos zu begleichen hat?«

Die EinwohnerInnen der gesamten Stadt selbst bestätigten uns, dass unsere Argumente und Voraussagen keine lügnerische Wahlpropaganda waren. Wir warteten geduldig ab, bis die Kommunalwahlen vorbei waren. Die privatisierten Wasserwerke *Aguas del Tunari* verschoben die Tarifpreiserhöhungen bis auf die Zeit nach dem Urnengang: die ersten Rechnungen wurden zwischen dem 10. und dem 15. Januar 2000 versendet. Zu diesem Zeitpunkt sah es die Bevölkerung schwarz auf weiß, dass wir sie nicht belogen hatten, dass wir vielmehr die Lage noch viel zu harmlos dargestellt hatten. Die Rechnungen wiesen wesentlich höhere Beträge sowie rechnerische Unregelmäßigkeiten auf; darüber hinaus wurden viele WasserkundInnen in ungünstigere Preiskategorien umverteilt.

Die unbotmäßigen Tarifierhöhungen bestätigten vollends unsere Vermutung, dass die für die Wasserprivatisierung Cochabambas neugegründete Tochterfirma des US-amerikanischen Dienstleistungsmultis *Bechtel* mit leeren Händen antrat und dass die für die Ausweitung des Anschlussnetzes der Stadt nötigen Investitionen aus den Taschen der Bevölkerung selbst finanziert werden sollten. In den zwei Monaten, in denen *Aguas de Tunari* in Cochabamba agierte, tätigte das Unternehmen nicht nur keine einzige Neuinvestition, sondern hinterließ auch offene Rechnungen, z.B. die für Strom sowie andere Schulden gegenüber Privatpersonen und Institutionen. Es beglich noch nicht einmal die von seiner Seite aus einzuzahlenden Sozialversicherungsbeiträge für die eigenen Beschäftigten. Beim Rückzug der *Bechtel*-Tochter konnte die Bevölkerung alle unsere Argumente in der Wirklichkeit bestätigt sehen. Aber es war in dem Zeitraum davor, in dem die *Coordinadora* gegen die Wasserprivatisierung zu einer Volksbewegung anwachsen sollte.

Wir stellten das neue Wassergesetz nicht nur in Frage, sondern begannen eine Debatte und erarbeiteten einen alternativen Gesetzesentwurf samt der dazugehörigen Verordnungen. Diesen überreichte die *Coordinadora* öffentlich der Regierung. Damit entkräfteten wir die Vorwürfe der Regierung, dass wir nichts Konstruktives vorzuweisen hätten und dass die Erstellung eines neuen Gesetzes inklusive der dazugehörigen Ausführungsverordnungen eine Million Dollar kosten würde, wofür extra Kredite aufgenommen werden müssten. Als daraufhin RegierungsvertreterInnen nach Cochabamba kamen und mit uns die Debatte über unseren Verordnungsentwurf aufnahmen, sahen sie sich bald in die Enge getrieben – und dies nicht nur gegenüber den Organisationen der *Coordinadora*, sondern sogar gegenüber Institutionen, die dieser gegenüber kritisch eingestellt waren. Ge-

meinsam stimmten wir zum Beispiel auf dieser Veranstaltung für die Beseitigung der *Superintendencia de Aguas*. Doch da diese Forderung nicht mit dem neoliberalen Modell der Regierung zu vereinbaren war, »vergaß« letztere schlicht und einfach diese Forderung.

2. Die offene BürgerInnenversammlung

In unser noch in den Kinderschuhen steckenden *Coordinadora* kam also der Vorschlag auf, die gesamte Bevölkerung zur Teilnahme an einer offenen BürgerInnenversammlung (*cabildo abierto*) aufzurufen. Da die anderen Verantwortlichen der *Coordinadora* unterwegs waren, musste ich diese erste Versammlung in Cochabamba moderieren. Es war eine überraschend positive Erfahrung. Der Aufruf zu dieser Versammlung war nur einen Tag vorher verfasst worden, doch der zentrale Platz der Stadt füllte sich mit Menschen, ohne dass wir diesen Termin selbst groß verbreitet hätten. Aufgerufen wurde allein über die – vollständig zugänglichen – lokalen Radiosender. Wir hatten zu zeigen, dass das Thema Wasser nicht nur die Menschen in den ärmeren Vierteln, sondern alle Bevölkerungsschichten betrifft. Unterstützung zeigten daraufhin sogar VerwalterInnen von – obendrein ziemlich teuren – Gebäudekomplexen oder Siedlungen mit Eigentumswohnungen oder -häusern, das heißt dass auch Leute mit Geld über die Ungerechtigkeiten der neuen Wasserpolitik empört waren oder ganz einfach nicht die enorm angestiegenen Preise für ihren Anteil an der gemeinschaftlichen Wasserrechnung bezahlen wollten, weil sie ihr Wasser aus eigenen Brunnen bezogen. Die Bevölkerung war entrüstet und die *Coordinadora* erhielt mehr und mehr Unterstützung.

Am vereinbarten Tag der Versammlung riefen schließlich Tausende »*Aguas del Tunari* soll gehen!« (*que se vaya Aguas del Tunari*) und »Schluss mit dem Vertrag mit *Aguas del Tunari*!« (*que se rompa el contrato con Aguas del Tunari*). Wir von der *Coordinadora* waren da völlig offen: am Anfang ging es uns nicht um die Idee, das neue Wasserunternehmen rauszuwerfen. Wir blieben vielmehr bei eher moderateren Forderungen wie die Neuverhandlung des Privatisierungsvertrages. Unsere *Coordinadora* war grundsätzlich für alle Debatten offen und niemals haben wir uns gegenüber Forderungen verschlossen. Was die erste offene BürgerInnenversammlung anging, so hatten wir als erstes die Modifizierung des Vertrages sowie die Nichtumsetzung der vorgesehenen Wasserpreiserhöhungen gefordert. Sogar als die TeilnehmerInnen der Versammlung massiv den Rückzug von *Aguas del Tunari* verlangten, blieben die Mitglieder der *Coordinadora* verhalten, ruhig und gefasst, mit dem Ziel, die Forderungen nicht überschwellen zu lassen. Statt uns zu verhärten, wollten wir gegenüber Verhandlungen offen bleiben, um die Möglichkeiten ausloten zu können, damit der Prozess zu einem Ergebnis führt, das nieman-

dem schadet. Hier muss aber hinzugefügt werden, dass die Regierung eine völlig unnachgiebige Haltung an den Tag legte, woraus wir unsererseits schlussfolgerten, dass hier Elemente von Korruption vorlagen, die der Regierung jegliches Zurückweichen verboten. Nicht die technische Unmöglichkeit und auch nicht die Angst vor einem möglichen Glaubwürdigkeitsverlust, sondern allein das Vorhandensein von Korruption war der Hintergrund, welcher es der Regierung nicht erlaubte, der von uns anfänglich gestellten Forderung nach einer Revision des Privatisierungsvertrages nachzukommen.

So wurde die Auseinandersetzung immer heftiger und im Januar 2000 kam es zum ersten großen, öffentlich ausgetragenen Konflikt, als die Ausfallstraßen von Cochabamba drei Tage lang blockiert wurden mit dem Ziel, die staatlichen VertreterInnen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Es ist dramatisch, dass in Bolivien erst – so unsere Schlussfolgerung aus den Ereignissen – Tote und 300 Verwundete mit teilweise so starken Verletzungen, dass ihnen die Rückkehr in einen normalen Alltag bis heute versperrt bleibt, die Regierung zur Änderung einiger Gesetzesparagrafen bewegen.

Auf dem Weg zu den Mobilisierungen gab es einige Widrigkeiten. Gegen eine breitere Beteiligung agierten damals zum einen die von der Regierungspartei kontrollierten »Nachbarschafts-Komitees« (*juntas vecinales*). Statt die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren, akzeptierte diese Organisation die Wasserpreiserhöhungen und torpedierte durch ihr ständiges Einmischen die Verhandlungen. Ihre Verantwortlichen gingen in die Stadtviertel und behaupteten, dass die anstehenden Wasserpreiserhöhungen geringer als von uns behauptet ausfallen würden. Aber die Bevölkerung räumte diese Hindernisse Schritt für Schritt aus dem Weg. Zum anderen stellten sich die »BürgerInnen-Komitees« (*comité cívico*) frontal gegen unsere Wasser-*Coordinadora*. Diese waren unter der Diktatur im ganzen Land gegründet worden und stellten damals die Antwort der Zivilgesellschaft dar, um die Gewährung umfassender BürgerInnenrechte einzuklagen. Doch die Sektion in Cochabamba unterstützte die Strategie der Nachbarschafts-Komitees und verfälschte ebenfalls die von uns vorgebrachten Argumente.

Trotz all dieser Widrigkeiten schafften wir es, uns mit der Gegenseite an den Verhandlungstisch zu setzen. Die erste Straßenblockade zwang die Regierung schließlich dazu, mehrere MinisterInnen zu entsenden. Nach der ersten Verhandlungsrunde wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, welche eine Revision des Vertrags mit *Aguas del Tunari* verpflichtend machte.

Die Regierung glaubte, dass der Konflikt mit der Unterzeichnung eines Abkommens sowie mit einem Ablenkungsmanöver gegenüber der Volksbewegung beendet sein würde, dass die Angelegenheit mit einigen scheinbaren Zugeständnissen schlicht und einfach vom Tisch sei. Statt 200% sollten die Preiserhöhung

jetzt nur 35 oder 25% betragen. Die Erhöhung fiel zwar im Moment niedriger aus, aber auf die anfänglichen 25% sollten jährliche Anstiege von 8% folgen. Der Anstieg wurde also nur auf einen längeren Zeitraum verteilt und war insgesamt sogar noch höher als der ursprünglich vorgesehene.

3. Die Besetzung der Stadt Cochabamba

Dank der fachlichen Unterstützung, auf welche die *Coordinadora* bauen konnte, ließen wir uns jedoch nicht täuschen. Wir debattierten die Sachlage in allen Einzelheiten, analysierten das Thema ausführlich und hatten während der Verhandlungen ein ausgezeichnet arbeitendes Team. Anfang Februar kam es dann zu den Ereignissen, die wir die »zweite Schlacht« (*segunda batalla*) taufen: die friedliche Besetzung der Stadt Cochabamba. Hier handelte es sich um eine ganz besondere Aktionsform, denn eine ziemlich breite Mobilisierung der städtischen Bevölkerung sollte sich in einem Marsch von allen vier Himmelsrichtungen auf das Stadtzentrum zubewegen. Ziel war es effektiven Druck auf die in der Hauptstadt La Paz verbunkerte und dialogunwillige Regierung auszuüben.

Der amtierende Regierungschef interpretierte die geplante Besetzung als subversiven Akt und ließ die ersten Vorbereitungen für einen »Krieg gegen Cochabamba« treffen. Polizeitruppen aus anderen Regionen wurden geordert, spezialisierte Truppeneinheiten zur Aufstandsbekämpfung, die normalerweise in der Hauptstadt La Paz stationiert waren, wurden in die Region von Cochabamba gebracht. Außerdem sollten einige Tage vorher Truppenaufmärsche für eine Einschüchterung der Bevölkerung sorgen. Am Abend vor dem Marsch auf die Stadt konnten wir dank der Vermittlung seitens der katholischen Kirche mit dem Regierungschef sowie mit einigen Mitgliedern der Regierung zusammentreffen. Wir nutzten die Gelegenheit, um der Gegenseite unsere schon bei der ersten öffentlichen BürgerInnenversammlung sowie bei der ersten Straßenblockade vorgetragene zentrale Forderung zu unterbreiten. Diese blieben unverändert: die Modifizierung des Vertrages zur Privatisierung der öffentlichen Wasserwerke von Cochabamba. Obwohl wir aber grundsätzlich die ursprüngliche Verhandlungsposition beibehielten, verhärteten wir dennoch unsere Haltung, indem wir ebenfalls die Forderung nach einer Annullierung des gesamten Vertrages anklingen ließen. Dabei ist zu sagen, dass die Verhandlungsführung der Koordination eine moderate Strategie verfolgte, weil sie nicht die gesamten Gespräche torpedieren wollte. Aber statt Akzeptanz empfangen wir Drohungen; die Sitzung endete mit einer harschen Drohung seitens eines Ministers für den Fall, dass wir uns am darauffolgenden Tag auf den Straßen der Stadt versammeln würden.

Wie sich die Regierung am 4. und 5. Februar 2000 in Cochabamba verhielt, kann nur als erbärmlich bezeichnet werden. Ein absolut friedlicher Protestmarsch,

dessen einzige Absicht darin bestand, auf den zentralen Platz der Stadt einzumünden, wurde rundweg verboten; gegen die Marschierenden wurde unbarmherzig Tränengas eingesetzt. Innerhalb von zwei Tagen wurde so viel für die Aufstandsbekämpfung eingesetztes Reizgas versprüht, wie die Polizei normalerweise für ein halbes Jahr einplant. Die »Versammlung für Menschenrechte« hatte eine Reihe von Anzeigen erstattet, unter anderem weil Gase eingesetzt wurden, die in vielen Ländern verboten sind. Wir überlassen die Einschätzung darüber den technischen ExpertInnen; aber die Bevölkerung konnte an jenen Tagen an eigener Haut erfahren, wie diese chemische Waffen unbarmherzig gegen eine wehrlose Menge eingesetzt wurden.

Trotz aller Einschüchterungen endete auch diese Massenmobilisierung mit einem Sieg, denn den Einheiten der Polizei gelang es nicht, der Menge Einhalt zu gebieten. Die Repression konnte die Bevölkerung nicht aufhalten und die Ordnungskräfte mussten sich zurückziehen. Um 11 Uhr nachts des zweiten Tages füllte die Bevölkerung in Siegesstimmung den zentralen Platz Cochabambas. Schließlich musste die Stadtverwaltung eine neue Vereinbarung mit der *Coordinadora* schließen, in der sie sich zu einer Überarbeitung des Privatisierungsvertrags verpflichtete. Im Gebäude des Erzbistums wurde ein Abkommen unterzeichnet. Daraufhin versuchte die Führung der *Coordinadora* die Menge zu besänftigen und ein Ende der konfrontativen Strategie zu bewirken.

In der folgenden Zeit – vom 4. Februar bis in den April hinein – gab es eine Reihe von wichtigen Ereignissen. Die Regierung löste ihre Versprechen nicht ein. Daraufhin fällt die *Coordinadora* die richtige Entscheidung, der Regierung ein Ultimatum zu stellen, damit diese ihren Verpflichtungen nachkomme, bevor es zu erneuten Massenmobilisierungen kommt. In dieser Situation führten wir eine öffentliche Befragung durch. Und wenn diese auch ein wenig übereilt und mit einigen organisatorischen Defiziten durchgeführt wurde, so war es doch das erste Mal, dass die BürgerInnen in Cochabamba auf basisdemokratische Weise ein kollektives Urteil fällten. Trotz aller Probleme haben allein in der Stadt Cochabamba 50.000 Menschen ihre Meinung geäußert; in beeindruckender Weise verlangten 98% von ihnen den Rückzug des Unternehmens *Agua del Tunari*. Die *Coordinadora* hatte zu Beginn gefordert, dass eine staatliche Institution die Befragung kontrollieren solle, aber dies wurde rundweg abgelehnt mit dem fadenscheinigen Argument, »die Befragung habe ohnehin keinen juristischen Wert«. Auf unsere Anfrage hin erklärte sich schließlich die Mediengewerkschaft zu einer Kontrolle des Ablaufs bereit und konnte uns dann vollständige Transparenz bei der Durchführung bescheinigen. Beeindruckend war die rigorose Vorgehensweise unserer Leute, die jeden einzelnen Stimmzettel überprüften und deren Inhalt auswerteten. So kam es auch zur Annullierung einiger Stimmzettel.

Die Ergebnisse der Volksbefragung wurden am 5. März veröffentlicht und wir machten der Gegenseite klar, wenn sie den Privatisierungsvertrag nicht bis zum 30. desselben Monats überarbeitet, würde es zur »entscheidenden Konfrontation« kommen, in der sich letztlich auch entscheiden würde, wer gewinnt: entweder die Regierung oder die Bevölkerung.

Der gesamte »Wasserkrieg« wäre vielleicht vermieden worden, wenn die Bevölkerung von Anfang an über den Oberste Wahlgerichtshof oder mit Hilfe eines anderen, ausdrücklich zu diesem Zweck geschaffenen Mechanismus befragt worden wäre. Wir wollten die Regierung durch unsere von unten initiierte Befragung herausfordern und sie dazu bringen, diese durchzuführen, um die Menschen in Cochabamba selbst nach ihrer Meinung zu fragen. Die Regierung hätte dies tun können, aber sie verzichtete darauf.

Ab dem 4. April gingen die EinwohnerInnen der Stadt erneut auf die Straße, denn die Regierung hatte in keinsten Weise ihre Versprechen eingelöst. Ihr Verhalten war dadurch gekennzeichnet, dass sie nur MinisterInnen schickte, wenn sie die Massen auf der Straße sah. Dann wandelte sich ihr völliges Desinteresse in Besorgnis. Am 5. April wurden wir von der *Coordinadora* schließlich in die Einrichtungen der Bezirksverwaltung eingeladen, um den Verhandlungsprozess fortzusetzen. Doch sobald wir in Anwesenheit des Erzbischofs und einiger Stadtabgeordneten die Verhandlungen aufgenommen hatten, wurden wir aufgefordert, unsere Mobiltelefone abzugeben und verhaftet. Die Bevölkerung reagierte sofort. Als offenbar wurde, dass die Repressionsmaßnahme statt eine Befriedung zu bewirken, die EinwohnerInnen in größere Aufruhr brachte, wurden wir ohne Erklärung um 4 Uhr nachts freigelassen. Am 6. April kam es zu einer beeindruckenden Demonstrationen in allen Teilen der Stadt, deren Aktivitäten völlig gelähmt wurden. Nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und RentnerInnen blockierten die Straßen. Die Blockaden hatten manchenorts rein symbolischen Charakter. Die Leute ergriffen Stücke Draht, befestigten daran Zeitungspapier und spannten sie quer über die Straßen. Niemand stand dahinter, aber der Effekt war, dass weder Autos noch FußgängerInnen diese Wege benutzen.

Um 4 Uhr nachmittags des 6. April wurde uns schließlich mitgeteilt, dass die Regierung einem Rückzug des Unternehmens *Aguas de Tunari* zustimme. Wir akzeptierten diese – rein mündliche – Mitteilung und unter Aufsicht der Kirche erklärten wir, dass wir zu einer Beendigung der Blockaden aufrufen würden. Es gab keine schriftliche Garantie seitens der staatlichen Stellen, aber wir gingen davon aus, dass die Regierung nicht ihre eigene Bevölkerung täuschen würde. Es begannen also allerorts Freudenfeiern, abends wurde in der erzbischöflichen Kirche eine Messe zelebriert. Doch am nächsten Tag, als wir glaubten, dass sich der Konflikt erledigt hätte, erklärte die Regierung auf geschickte und hinterlistige, aber

völlig illegale Weise den Ausnahmezustand und ging unter diesem Vorwand dazu über, mehrere Führungspersönlichkeiten der *Coordinadora* festzunehmen. Die Verhafteten wurden in ein an der Grenze zu Brasilien gelegenes Hochsicherheitsgefängnis transportiert. Dieses Gefängnis, von dem – so wird behauptet – noch niemand lebend zurückgekehrt ist, besitzt keinen Schutz gegen das tropische Klima der Region sowie gegen eindringendes Ungeziefer. Die Verhaftungen führten zu einer Verschärfung der Straßenblockaden. Niemandem wurde erlaubt, ein Fahrzeug zu benutzen. Die Intervention der Streitkräfte führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung, bei denen einige Menschen starben. Doch das Wichtigste war, dass die Bevölkerung sich gegen die Polizei und gegen die Streitkräfte durchsetzte. Die *Coordinadora* war in diesen Tage die eigentliche Autorität in Cochabamba. Sie gab sogar den BeamtInnen der Bezirksverwaltung die Erlaubnis zum Betreten und zum Verlassen ihrer Einrichtungen. Fernab von allen Entscheidungen der *Coordinadora* begannen in der gesamten Stadt Cochabamba die Menschen sich selbstständig zu organisieren – eine Entwicklung die als völlig herausragend bezeichnet werden kann und die sich sicher nur in kollektiven Prozessen dieser Art herausbildet

Nur der Sieg dieser Volksbewegung erlaubte uns die Rückkehr aus dem Gefängnis, denn ihre Niederschlagung hätte sicher bedeutet, dass wir dort für drei Monate oder wer weiß wie lange festgehalten worden wären. Sogar danach kam es noch zu Fällen politischer Verfolgung von Mitgliedern der *Coordinadora*. Uns gerieten Anweisungen in die Hände, nach denen es von Stellen der Geheimdienste, der Streitkräfte und der Polizei sogar Befehle zur Ermordung von Personen gegeben hat.

In einigen Zeitungen und auch seitens einiger Intellektueller kam nachher Kritik an der *Coordinadora* auf und zwar in dem Sinne, dass sich die Volksbewegung auf das ganze Land hätte ausdehnen sollen. Doch darüber gibt es verschiedene Meinungen. Die *Coordinadora* war keine politische Gruppierung, die auf die Eroberung der etablierten politischen Macht in Cochabamba aus war. Für uns bestand die Aufgabe zunächst in der Verteidigung des Wassers, das hat sich im Lauf der Zeit vielleicht als zu eng erwiesen. Sicherlich hat diese Volksbewegung die Stadt befreit und war die *Coordinadora* zeitweise die höchste Autorität. Viele, die sich des Rathausplatzes bemächtigt hatten und die dafür gesorgt hatten, dass Cochabamba nicht mehr so war wie früher, mussten dazu aufgefordert werden, sich zurückzuziehen, damit die Rückkehr zur Normalität möglich wurde. Es war ein schwieriger Prozess, eine Bewegung zu desartikulieren, die einen wirklich autistischen Charakter besaß. Kritische Stimmen ließen verlauten, dass wir in der Praxis das hervorgerufen hätten, was auch schon das Schicksal der Pariser Kommune im 19. Jahrhundert gewesen war. Wir haben dies innerhalb der *Coordina-*

dora debattiert. Ich selbst bin mir im Grunde darüber unklar, ob hier eine konkrete politische Absicht dahinter stand.

Was das Thema Wasser angeht, so handelte die Führung der Bewegung meiner Meinung nach kohärent. Vielleicht hätten wir auf der politischen Ebene weiter vorwärts schreiten können. Aber vielleicht hätte eben dieser Wunsch nach mehr politischer Veränderung auch den Charakter der Volksbewegung verzerrt. Ich will diesen Aspekt einmal offen lassen. Insgesamt erlebten wir wichtige Momente der gegenseitigen Hilfe und des Zusammengehörigkeitsgefühls. Oscar Olivera von der Gewerkschaft der FabrikarbeiterInnen benutzt einen Begriff, der vielen aus dem Herzen spricht: »Zum ersten Mal sind wir EinwohnerInnen von Cochabamba auf die Straßen gegangen, um unsere Solidarität zu zeigen und aufeinander zuzugehen.« Die meist indigenen Essensverkäuferinnen des städtischen Marktes verteilten von ganzem Herzen, was sie zubereitet hatten, an die Menschen aus den Siedlungen des Stadtrands, an Leute, die viele Kilometer zu Fuß zurück gelegt hatten, um an den Aktionen teilzunehmen. Es haben sich aber nicht nur die EinwohnerInnen der Stadt engagiert, sondern es kamen auch Menschen nach Cochabamba, aus Orten die drei Tagesreisen entfernt lagen. Von Anfang bis Ende des Konflikts waren solidarische Menschen aus den ländlichen Zonen anwesend. Herauszustreichen ist auch die Rolle der Bewegung der KokabäuerInnen, die, ohne etwas für sich als Gegenleistung zu fordern, Seite an Seite mit uns kämpften. Beindruckend war es zu sehen, welcher Grad an Solidarität an den Tag gelegt wurde, zum Beispiel als aus einem Nonnenkloster Autoreifen für brennende Barrikaden zur Verfügung gestellt oder kleine Erfrischungen verteilt wurden – an die »Wasserkrieger« – so lautete die Bezeichnung für diejenigen, die hinter Barrikaden den Zentralplatz der Stadt verteidigten, später galt der Begriff für alle die sich an der Bewegung beteiligten. Oder Kinder im Alter von 10 oder 12 Jahren, die an den Barrikadenkämpfen teilnahmen, ohne oftmals vielleicht genau zu wissen, dass es um das Wasser ging, aber doch überzeugt davon, dass sie eine bessere Zukunft wollten.

4. SprecherInnen oder FührerInnen

In der Bewegung haben einige sicherlich Führungsrollen eingenommen; vor allem aber ist versucht worden, eine kollektive Autorität, die der Vollversammlung, aufrechtzuerhalten. Einige Einzelheiten, so etwa die Kriterien der Verhandlungsführung oder Kriterien für die Einnahme von Führungsposition in der Bewegung, sind von den SprecherInnen der *Coordinadora* festgelegt worden. Sicher ist auch, dass sich im Inneren der *Coordinadora* neue Führungsrollen herausgebildet haben, welche außerdem auf Bezirksebene zum Tragen kamen. Ich möchte aber noch einmal herausstreichen, dass immer angestrebt worden ist, dass die wichtigsten Entscheidungen kollektiv getroffen werden. Wir haben immer darüber gewacht, dass

zum Beispiel über die Teilnahme an einer bestimmten Mobilisierung, die Durchführung einer nicht mehr revidierbaren Maßnahme oder über andere Aspekte ähnlicher Reichweite grundsätzlich in der Vollversammlung entschieden wird. Diese Versammlungen sind absolut horizontal strukturiert; die dort vorgebrachten Initiativen können von überall her kommen. Die *Coordinadora* hat sich ab einem bestimmten Moment in eine Art Büro verwandelt – sie hat hingegen nie eigene Büroräume besessen –, in eine Art VerbraucherInnenberatung, wobei von allen Seiten her Anfragen kamen. Wir haben diese Entwicklung wie folgt interpretiert: Den »normalen« BürgerInnen hört normalerweise niemand zu. Viele sind einfach zu uns gekommen, um eine Forderung, eine dringende Notwendigkeit ihres Alltags vorzubringen, um einfach jemanden zu haben, der ihnen zuhört. Auch wenn ihre Forderungen dann nicht zu erfüllen waren, so können sie doch hier ihre Frustration abladen. Dies war ein wenig die alltägliche Funktion der *Coordinadora*: Zu uns kamen Leute, wenn sich die Gaspreise erhöhten, wenn sie aus ihren Wohnungen geworfen wurden, wenn es Probleme mit dem Trinkwasser gab. Es war wirklich schwierig für uns, denn wir hatten nicht die Fähigkeit, auf all diese Forderungen einzugehen und Antworten oder gar Lösungen anzubieten.

Die genannte Horizontalität wird immer noch beibehalten, aber es gibt noch eine andere wichtige Entwicklung, gegen die besonders ich mich immer gewehrt habe. Es wird darüber diskutiert, ob die *Coordinadora* einen Status als juristische Person erlangen soll. Meine Gegnerschaft gegen diese Maßnahme hat den folgenden Grund: Ich denke, das die *Coordinadora* nur solange existieren sollte, wie sie die Unterstützung durch eine Basisbewegung erhält. Ich bin nicht dafür, dass sie sich wie die übrigen Organisationen, die wir in Lateinamerika haben, institutionalisiert. Ohne die notwendige Basis in der Bevölkerung würde sie dann auch wie die anderen den bloßen Namen einer Organisation aufrechterhalten und im Namen dieser Organisation legale Vereinbarungen und Abkommen abschließen. Aus diesem Grund besitzt die *Coordinadora* noch nicht einmal eine solide organisatorische Struktur, denn unserer Meinung nach haben wir in diesem Sinne in der Vergangenheit ziemlich bittere Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbewegung gemacht. Eine horizontale *Coordinadora* wie die unsrige bietet demgegenüber einfach einen Raum für soziale Kämpfe. Diejenigen Organisationen, die sich eine bestimmte Forderung auf ihre Fahnen geschrieben haben, engagieren sich in einer bestimmten Situation in der *Coordinadora*, während hingegen andere, die eine Ruhepause einlegen wollen oder die an einer bestimmten Forderung nicht besonders interessiert sind, nicht teilnehmen. Sicher werden sie aber bei späteren Anlässen wieder die *Coordinadora* unterstützen. Wir sind deshalb keinem böse. Wir haben deswegen auch keine offizielle Registrierung von Gruppen und Organisationen, sondern besitzen einfach deren Adressen, die wir für die Einladung zu unseren Vollversammlungen

benutzen. Diese sind so demokratisch, dass sogar infiltrierte und getarnte Mitglieder der staatlichen Repressionsorgane an ihnen teilnehmen.

5. Die Wahlen und der Aufbau sozialer Alternativen

Vor allem was diesen Punkt angeht, haben wir unter uns einige Meinungsverschiedenheiten gehabt, die jedoch als konstruktiv zu bezeichnen waren. Der Großteil der *Coordinadora*, zu dem ich mich selbst rechne, glaubt nicht an die derzeit im Land etablierten politischen Parteien. Sicherlich dürfte es in anderen Ländern linke Parteien oder eine andere Art der Repräsentation der gesellschaftlichen Basis geben, die, wie zum Beispiel in Brasilien, eine herausragend positive Rolle gespielt haben. Aber in Bolivien haben sich die »linken« politischen Parteien leider völlig prostituiert; sie besitzen keine Klarheit, was ihre Vorschläge angeht, und ihre politischen Vorstellungen könnten auch die einer rechten Partei sein. Die heutige Krise ist total verheerend; und genau aus diesem Grund gab es immer wieder Bündnisdebatten: Zusammen mit anderen aus der *Coordinadora* glaube ich, dass diese sich auf keinen Fall als Liste zur Wahl stellen sollte, da auf diese Weise kein einziges der Probleme der Bevölkerung gelöst werden kann, weder das Problem der Arbeitslosigkeit, des Hungers, noch das viele Aspekte umfassende Problem der Ungleichheit.

Die *Coordinadora* ist also eine ziemlich breit getragene Organisation, in der viele verschiedene Anschauungen vertreten sind – und es hat dort sicher auch Menschen aus einer der rechten Parteien gegeben. Wenn diese jedoch um das Wasser kämpfen wollen, so hat sie niemand an den Rand gedrängt. Ab dem Augenblick, in dem die *Coordinadora* den Weg einer parteipolitischen Organisation eingeschlagen hätte, wären sicherlich eine Reihe von Menschen, die sie stets unterstützt hatten, abgesprungen. Und deshalb ist die Entscheidung getroffen worden, dass zumindest niemand der SprecherInnen Mitglied einer politischen Partei werden darf. Trotzdem hatten wir einen Fall zu verzeichnen, bei dem einer der SprecherInnen sogar zur extremen Rechten abgewandert ist. Und eine andere Person aus der *Coordinadora* hat sich als Kandidat einer BürgerInnenliste aufstellen lassen. Auf jeden Fall ist der Teil der *Coordinadora*, zu dem ich gehöre, der Meinung, dass diese Fälle der Bewegung als solcher schaden, da sie deren Diskurs unglaublich machen. Diese Differenzen haben bisher zwar noch keine Brüche, aber doch gewisse Zwistigkeiten hervorgebracht, obwohl unseres Erachtens sich der Bewegungsspielraum der *Coordinadora* intakt gehalten hat. Wenn wir in dieser ganzen Zeit eines geschafft haben, so ist dies die Übereinstimmung zwischen Worten und Taten.

Viele von uns hegen enorme Sympathien für Evo Morales, mit dem wir viel zusammen arbeiten, der die Bewegung der KokabäuerInnen anführt und sich als Präsidentschaftskandidat für die Linkspartei *Movimiento al Socialismo* (MAS) hat

aufstellen lassen. Mit ihm waren wir in unserem Kampf permanent Seite an Seite auf der Straße. Auch wenn viele von uns seine Meinung nicht teilen, was die Beteiligung am Wahlkampf angeht, so brechen wir doch deshalb keinen Streit vom Zaun oder streben einen politischen Bruch an. Evo Morales hat seine Sicht der Dinge; wir lassen ihm die absolute Freiheit, sich gleichzeitig zu den Parlamentswahlen aufstellen zu lassen. Darüber hinaus werden ihn dabei sicher viele Mitglieder der *Coordinadora* unterstützen. Trotzdem glauben wir an die *Coordinadora* als einen pluralen Raum, in dem sich Menschen vieler Richtungen engagieren können. Die Basisbewegungen werden dies sicher zu schätzen wissen.

6. Zukunftsaussichten

Wenn Bolivien es in den kommenden vier oder fünf Jahren nicht versteht, seine grundlegenden Probleme anzufassen, wird das Land völlig in der Sackgasse enden. Die Einkünfte aus dem Rohstoffexport betragen 90 Millionen Dollar. Dies ist eine lächerlich kleine Summe zum Beispiel im Vergleich zu Mexiko, wo allein das Haushaltsdefizit 25 Milliarden. und die Auslandsschulden 180 Milliarden Dollar betragen. Wie soll das Land allein mit den 90 Millionen aus der Ausfuhr vor allem von Gas erneut zum Laufen gebracht werden? Wir müssen an alternative Lösungswege denken. Durch die übertriebene Abhängigkeit von den Märkten sowie die übermäßige Anbindung an das neoliberale Modell und Konzentrierung auf die Ein- und Ausfuhr haben wir all die Elemente vernachlässigt, die unseren kulturellen Traditionen zu eigen sind. Diese müssen wir einbeziehen, um dieses Land aus der lähmenden Trägheit zu befreien, in die es geraten ist. Es ist unmöglich, an eine Fortsetzung dieses allein exportorientierten Wirtschaftsmodells zu denken. Was soll noch exportiert werden, wenn alles, was wir anzubieten hatten, schon aus dem Land geschafft worden ist?

In diesem Kontext ist die *Coordinadora* keine neutrale Institution, denn mit jeder größeren Aktion und jeder einzelnen unserer Forderungen streitet sie um eine Teilhabe an der Macht. In den zukünftigen Kämpfen der *Coordinadora* – und dies ist auch eine Forderung eines großen Teils des bolivianischen Volkes – wird es um die wirkliche Beteiligung an der Macht als solcher gehen, da wir der Überzeugung sind, dass die dominante Klasse in diesem Land obsolet ist und nichts mehr hergibt. Doch der Machtwechsel wird nicht über die politischen Parteien, sondern über die Forderungen sozialer Bewegungen verlaufen, die ihre jeweils eigene Identität besitzen. Von einem bestimmten Zeitpunkt an – so ist es zumindest unsere Absicht – wird es Aufgabe der *Coordinadora* sein, unter diesen Bewegungen Konsense herzustellen, damit es die Basisorganisationen selbst sind, welche gemeinsam eine Zukunft für dieses Land entwerfen, die ihren Vorstellungen und Idealen entspricht. Wir wollen keine Gesellschaft mehr, die nach dem Bild einer

unfähigen dominanten Klasse geformt ist. Diese hat in keinem einzigen Aspekt der Volksbewegung Rede und Antwort stehen können. Was die *Coordinadora* politisch anstrebt, kann nicht über die politischen Parteien des heutigen parlamentarischen Systems erreicht werden.

Die Vorstellung, dass die *Coordinadora* Aktionen auf Landesebene durchführen kann, scheint utopisch. Wir haben uns bisher allein in der Region von Cochabamba bewegt und nur einige erste Bemühungen richteten sich an die Bevölkerung des ganzen Landes. Es kostet immer noch viel Mühe, uns mit anderen Bewegungen zu verknüpfen, was zum Teil auf deren Fixierung auf einzelne Führungspersönlichkeiten sowie auf dort oftmals vorhandene vertikale und autoritäre Strukturen zurückgeht. Die *Coordinadora* als offener Raum wird angesichts dessen für die benachteiligte Gesellschaftsmehrheit attraktiv. Wir glauben, dass diese früher oder später ihre Forderungen und Bedürfnisse bündelt und hoffen, dass sie so ihre Vorstellungen einer besseren Zukunft umzusetzen beginnt.

Wir haben uns klar und deutlich zu dem Thema einer neuen verfassungsgebenden Versammlung geäußert. Unserer Überzeugung nach muss dieses Land eine Neugründung erfahren sowie die Art seiner Verwaltung und Gesetze grundlegend ändern. Dieser Prozess sollte eben über die offenen BürgerInnenversammlungen, in denen die sozialen Gruppen kollektiv entscheiden, vorangetrieben werden. Den Vorschlag, den wir heute machen, diskutiert derzeit die Gesamtheit der sozialen Basisorganisationen; sie ist auch von Parteiorganisationen aufgegriffen worden, welche allerdings versucht haben, sie im Kern zu entwerthen.

Unser Vorschlag sind die offenen BürgerInnenversammlungen. Wir beabsichtigen, dass sich alle Regionen dazu entschließen. Wir wollen, dass sich im ganzen Land eine neue Achse bildet, auf der sich die Bevölkerung massiv einem Projekt solcher Art anschließt. Warum sollen wir uns als *Coordinadora* für die Änderung eines Gesetzesparagrafen einsetzen? Wäre es nicht besser, wenn offene BürgerInnenversammlungen gleich über ein völlig anderes Gesetz debattierten?

Für uns ist dies ein allmählicher Prozess, ein Engagement, in dem die Verzweiflung über das Heute dazu führen kann, Fehler zu begehen, die schon in der Vergangenheit und von Leuten mit vielleicht besseren Absichten als den unsrigen gemacht worden sind. Cochabamba hat uns viel gelehrt und wir haben von den hier gemachten Erfahrungen gelernt. Wir hoffen, dass dieser Prozess auf langsame, aber sichere Weise zu Veränderungen führt, die struktureller Natur sind, denn es gibt keinen anderen Ausweg. Die herrschenden Schichten haben dieses Land über mehr als 500 Jahre hinweg nach ihrem Gutdünken bewegt und kommen dabei in keinsten Weise den Bedürfnissen der Bevölkerung nach. Wir hoffen, dass die Bevölkerung das bald selbst organisiert.

- 1 Ceceña, Ana Esther. *La guerra por el agua y por la vida. Cochabamba: una experiencia de construcción comunitaria frente al neoliberalismo y al Banco Mundial*. (im Erscheinen). In diesem Band versammelt sind Interviews mit verschiedenen VertreterInnen sozialer Bewegungen, die in die Auseinandersetzungen um die Wasserprivatisierung in Cochabamba involviert waren. Das vorliegende Interview erschien bereits in: Ceceña, Ana Esther, Gabriel Herbas. 2002. La guerra del Agua en Cochabamba. Entrevista de Ana Esther Ceceña con Gabriel Herbas. In: *Chiapas* Vol. 14, 97-114.

Abstracts

In this extensive interview, one of the leaders of the struggles against water privatisation tells what happened in the years 1999 and 2000 in the Bolivian city of Cochabamba. The contract between the multinational *Bechtel* and the local state was completely secret and backed by a new national law. The article gives insights into the politicising role of experts and their organisation, the enormous popular resistance, the failing strategies of the state, its not fulfilled commitments and repressive politics, and the final victory of the people. In the last section some crucial experiences and ambiguities of horizontal organising are shared.

In diesem ausführlichen Interview berichtet einer der Protagonisten von den Kämpfen gegen Wasserprivatisierung, die in den Jahren 1999 und 2000 in der bolivianischen Stadt Cochabamba stattfanden. Der Vertrag zwischen dem Multi *Bechtel* und der städtischen Verwaltung war völlig geheim und wurde von einem neuen nationalen Wassergesetz gestützt. Der Artikel zeichnet die politisierende Rolle von ExpertInnen und ihrer Organisation, den enormen Widerstand der Bevölkerung, die fehlgeschlagenen staatlichen Strategien, die vom Staat nicht erfüllten Zusagen und seine repressiven Politiken sowie den letztendlichen Sieg der Bevölkerung nach. Im letzten Teil geht es um einige zentrale Erfahrungen und Ambivalenzen der horizontalen Form der Organisierung.

Ana Esther Ceceña

Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), México

E-mail: anae@servidor.unam.mx

Gabriel Herbas

Cochabamba, Bolivien

E-mail: gabriherb@yahoo.com

Aus dem Spanischen von Stefan Armbrorst